

# Flächendeckende Stromausfälle als Folge der „Energiewende“ rücken näher

Quelle: „privatdepesche“ Nr. 30/2017

Eine von der Öffentlichkeit fast unbemerkte Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes im Februar 2017 enthält Sprengstoff, warnt der diplomierte Ingenieur *Michael Limburg* (76) vom *Europäischen Institut für Klima und Energie (EIKE)*. Auf Betreiben des Fachverbandes VDE wurde darin die „Kaskadierung“, also die zwangsweise klein-, mittel- und großräumige Abschaltung von Teilen des Stromnetzes zur Verhinderung von totalen Netzzusammenbrüchen, in geltendes Recht umgesetzt.

Die Gefahr totaler Stromausfälle (englisch: „*Blackouts*“), ist erst durch die „*Energiewende*“ zum Problem für Deutschland geworden.

- Netzzusammenbrüche drohen sowohl durch Lieferausfälle als auch durch unerwartete Überangebote an Strom von instabilen, nicht steuerbaren Erzeugern wie Wind und Sonne.
- Um zu vermeiden, dass bundesweit der Strom ausfällt und das ganze Land schlagartig im Dunkeln liegt, sind Abschaltungen ganzer Bezirke die zwingende Konsequenz.

Die Vorwarnzeit für die lokalen Stromversorger beträgt extrem kurze zwölf Minuten, dann müssen sie handeln und Vollzug melden, berichtet *Limburg*.

Das kann fatale Folgen haben:

- Wegen der Größenordnung der Schwankungen ist es mit der Abschaltung einzelner Großabnehmer nicht getan, es müssen gegebenenfalls ganze Stadtteile für mehrere Stunden vom Netz genommen werden.
- Eine Weitergabe der Warnung an die Kunden ist wegen der kurzen Vorwarnzeit faktisch nicht möglich.
  - Betroffen wären nicht nur private Haushalte, sondern ebenso sensible Einrichtungen wie Krankenhäuser, Polizei- oder Feuerwehrestationen, die dann handlungsunfähig wären, weil sich beispielsweise die Tore für die Einsatzfahrzeuge nicht mehr elektrisch öffnen lassen. Krankenhäuser halten in der Regel nur für Intensivstationen Notstromversorgung vor, und das auch nur für maximal 24 Stunden.

Schadensersatzansprüche sieht das Gesetz nicht vor.

- ❖ Weil „*niemand eingesteht, dass die Energiewende ein Riesenfehler war und ist, müssen die Verbraucher wieder mal die Zeche zahlen*“, konstatiert *Limburg*. Der angerichtete Schaden werde wegen dieser Uneinsichtigkeit immer größer — „*nicht nur am Geldbeutel, sondern buchstäblich an Leib und Leben*“.